

> Home > Energie > News > Rechtsgutachten: Ökostrom-Umlage ist verfassungswidrig

## Rechtsgutachten: Ökostrom-Umlage ist verfassungswidrig

[07.03.2012]



Gebäude des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe. Foto: Tobias Helfrich.

Die Förderung der Erneuerbaren Energien könnte gerichtlich gestoppt werden. In einem Gutachten der Rechtsfakultät der Universität Regensburg, das der „Morgenpost Online“ vorliegt, stellt der Staatsrechtler Gerrit Manssen die Rechtmäßigkeit des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes in Frage. Nach Auffassung des Staatsrechtlers ist die Umlage, wie sie das EEG vorsieht, eine „Sonderabgabe“ für Stromverbraucher, die gegen das Grundgesetz verstoße.

Die gleichmäßige Verteilung der Kosten für die Förderung der erneuerbaren Energien auf alle Stromkunden ähnhle dem „Kohlepfenning“. Diese Förderung wurde 1994 vom Bundesverfassungsgericht gestoppt, da dem Stromverbraucher „keine Finanzierungsverantwortung“ für den Kohleabbau trifft. Das gleiche gelte heute für die Förderung der erneuerbaren Energien. Es handele sich um eine „Gemeinwohlaufgabe“, die mit Steuermitteln zu finanzieren sei.

Erste Firmen haben bereits angekündigt die EEG-Umlage nicht mehr zu zahlen. Sie wollen sich verklagen lassen, um eine Klärung vorm Bundesverfassungsgericht zu erzwingen. Sollte das Rechtsgutachten vor Gericht bestand haben, müsste künftig die Förderung der erneuerbaren Energien über Steuermittel geschehen. Dadurch könnten der Branche erhebliche Kürzungen drohen, da die Kosten nicht mehr einfach an die Verbraucher weitergeben würden sondern, aus dem Bundeshaushalt finanziert werden müssten.

### Leserkommentare

1 Kommentar(e)

#### Farbe bekennen

[07.03.2012]

Wenn die Rechtslage sich dahingehend ändert und die Förderung aus dem Stueraufkommen finanziert werden muß, dann müssen die Parteien (egal welcher Farbschatierung sie angehören) endlich Farbe bekennen. Dann kann man ideologische Aspekte nicht mehr einfach durch den Verbraucher refinanzieren, sondern muß den Willen zur alternativen Energie mit einem Finanzplan im Bundeshaushalt untermauern. Wird sicher eine interessante Sache, die im Endeffekt Arbeitsplätze kosten wird (leider) und die Politik wieder einer Maske beraubt.

von LehrAgro